

Der Landrat wies darauf hin, dass der Kreistag im Zuge des Doppelhaushaltes 2011/12 ein umfangreiches Sparpaket beschlossen habe. Teil des Sparpakets sei die Streichung des Zuschusses für den Schullandheimverein in Höhe von 65.000 € gewesen. Dies sei im Rahmen des Doppelhaushalts so beschlossen worden, mit der Konsequenz, dass damit dem Schullandheim die finanzielle Grundlage entzogen worden sei. Bei der Verwaltung und ihm persönlich seien im Nachhinein aber erhebliche Zweifel aufgetreten, ob dies wirklich so vernünftig und der richtige Weg sei. Deshalb bitte er, die Sparbeschlüsse zum Schullandheim Gemünd noch einmal zu überprüfen. Im Rahmen des Haushalts habe man ja lediglich einen Beschluss über die Bezuschussung des Schullandheimvereins gefasst. Daraufhin habe die Verwaltung den Vertrag zum Ende dieses Jahres vorsorglich gekündigt. Es sei allerdings noch nicht darüber beraten und beschlossen worden, was mit dem Schullandheim nun tatsächlich passiere. Dies sollte aber nunmehr unter Berücksichtigung der Aspekte „Betroffenheit der Menschen vor Ort“, „Aufgabe eines Schullandheimes für den Ferienaufenthalt von Kindern und Jugendlichen“ und „Auswirkungen auf unsere Liegenschaft und den Haushalt des Kreises“ erfolgen. Er rege insoweit eine ergänzende Beratung an.

Abg. Schuster unterstrich, dass die Thematik bisher nur fiskalisch, nicht aber inhaltlich-fachlich diskutiert und geprüft worden sei. Man habe keine Bedenken, dies noch einmal in den parlamentarischen Gang zu geben, damit dies noch mal von allen Seiten und ohne Vorfestlegungen ergebnisoffen diskutiert und beleuchtet werden könne.

**Er beantrage daher, die Thematik zur weiteren, möglichst zeitnahen fachlichen Beratung sowohl in den Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung als auch in den Finanzausschuss zu verweisen.**

Möglichst noch vor den Sommerferien solle sodann dem Kreisausschuss oder Kreistag ein Ergebnis vorlegt werden, damit auch der Trägerverein Planungssicherheit erhalte, soweit ein Weiterbetrieb erfolgen sollte, und damit kein größerer Schaden dadurch entstehe, dass keine Buchungen entgegen genommen werden können.

Abg. Deusen-Doppstadt teilte mit, ihre Fraktion können sich diesem Vorgehen anschließen, zumal dies ja auch im Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung am 12.12.2011 vereinbart worden sei, wo eine Reihe von Prüfungen noch in Aussicht gestellt waren. Auch sei mittlerweile eine veränderte Situation eingetreten im Hinblick auf das angedachte Jugendhotel auf der Burg Vogelsang, das erst in acht bis neun Jahren entstehen werde und nicht in einem sehr viel kürzeren Zeitraum. Daher mache es Sinn, diese Fragen noch einmal ergebnisoffen in den zuständigen Fachausschüssen zu diskutieren und sodann die Entscheidung noch einmal abzuwägen.

Abg. Hartmann unterstrich die Ergebnisoffenheit der Beratungen. Wenn sich Sachverhalte änderten und sich neue Gesichtspunkte ergäben, dann sollte man Entscheidungen, die man getroffen habe, auch überprüfen. Die Verwaltung habe da eine sehr breite Vorlage erstellt mit der Darstellung verschiedener Optionen, was man begrüße. Er rege eine parallele Beratung sowohl im Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung als auch im Finanzausschuss an, wobei die Finanzentscheidung nicht die schulisch-pädagogische Entscheidung außer Acht lassen sollte und umgekehrt. Denn das eine bedinge das andere. Für die sozialdemokratische Fraktion sei auch von Bedeutung, dass der Kreistag seinerzeit nicht nur eine finanzielle Entscheidung getroffen habe, sondern auch den Aspekt der Sozialverträglichkeit in den Beschluss hineingenommen habe, so im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten und den Aspekt freizeithlichen Engagements. Vielleicht könne eine Lösung gefunden werden, bei der

sowohl das pädagogische Konzept, als auch das finanzielle Anliegen des Kreises, als auch die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt werden.

Abg. Smielick verwies auf die Verwaltungsvorlage, worin dargestellt worden sei, dass man aus Haushaltsgesichtpunkten hierüber abgestimmt habe. Gleichzeitig sei betont worden, dies in der Folge flexibel und sehr sensibel behandeln zu wollen. In der Zwischenzeit seien nunmehr neue Entwicklungen eingetreten, auch die personelle Situation müsse berücksichtigt werden. Insoweit könne man sich dem Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion anschließen, dies ergebnisoffen noch mal in beiden Ausschüssen zu beraten.